

# Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



In Anknüpfung an die früheren Bildungsberichte werden in diesem Kapitel wesentliche Rahmenbedingungen für das Bildungswesen betrachtet. Hierbei sind neben der aktuellen Situation auch längere Zeiträume zu analysieren, in denen sich gesellschaftliche Veränderungen vollziehen. Aus den Bereichen der Demografie, der Wirtschaft, der Erwerbstätigkeit und der Familien- und Lebensformen werden relevante Entwicklungen vorgestellt.

Die langfristigen demografischen Veränderungen und die Zuwanderung der letzten Jahre stellen das Bildungswesen vor Herausforderungen (**A1**). Der bisher kontinuierliche Rückgang der Bevölkerungsgröße wird aktuell insbesondere durch den stark positiven Zuwanderungssaldo (vgl. **H**) aufgehalten, sodass sogar ein leichtes Wachstum zu verzeichnen ist. Die Anzahl der Geburten hat sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.

Eine starke Zuwanderung aus dem Ausland ist insbesondere von Personen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren zu beobachten. Zusammen mit dem großen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund unter den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bereits in Deutschland leben, stellen sie einen nicht unerheblichen und weiter steigenden Anteil der Personen in den Bildungsinstitutionen. Abhängig von der Integrationssituation sind Modifikationen in Ausstattung und Ressourcen des Bildungswesens notwendig.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte sind wesentliche Rahmenbedingungen für die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen (**A2**). Die Entwicklung ist dabei abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie etwa der Finanzpolitik, der Staatsverschuldung (und der Schuldenbremse), den konjunkturellen Bedingungen und den Sozialleistungen. Innerhalb Deutschlands bestehen hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weiterhin große

Unterschiede zwischen den Ländern, was nicht ohne Einfluss auf die regional zur Verfügung stehenden Ressourcen für das Bildungswesen bleibt.

Die Erwerbstätigkeit ist eng an die demografische Entwicklung und die arbeitsmarktinhärenten Strukturen gekoppelt (**A3**). Aktuell gehen geburtenstarke Jahrgänge von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase über, was zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führen könnte (vgl. **E2**). Stand im letzten Bericht die Erwerbstätigkeit der Alleinerziehenden im Fokus, werden hier die Erwerbsstrukturen in Paarfamilien unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede, des Bildungsstands der Eltern sowie des Migrationsstatus näher betrachtet. Es wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung das in Westdeutschland über Jahrzehnte übliche „männliche Alleinverdienermodell“ derzeit noch hat, ob sich die Rollen der Geschlechter angenähert oder vertauscht haben und wie sich die Anzahl und das Alter der Kinder auf das Erwerbsleben der Eltern auswirken.

Ein weiterer für das Bildungssystem und die Bildungsbiografien zentraler Faktor sind die Lebens- und Familienformen, in denen die Kinder aufwachsen, da die Familie noch vor Kindertagesbetreuung und Schule die erste Lernumgebung darstellt (**A4**). Die Analyse der Risikolagen richtet sich auf die finanzielle Situation der Haushalte hinsichtlich ihrer Armutsgefährdung und die Erwerbslosigkeit der Eltern als mögliches soziales Risiko. Als dritter Indikator für eine potenzielle Gefährdung einer erfolgreichen Bildungskarriere der Kinder wird der Bildungsstand der Eltern angesehen – und in diesem Zusammenhang fehlende formale schulische und/oder berufliche Qualifikationen. Die Analyse dieser Risikolagen – auch in regionaler Gliederung und nach Migrationshintergrund differenziert – zeichnet die aktuelle Situation und die Entwicklungen in den letzten Jahren nach.

## Demografische Entwicklung

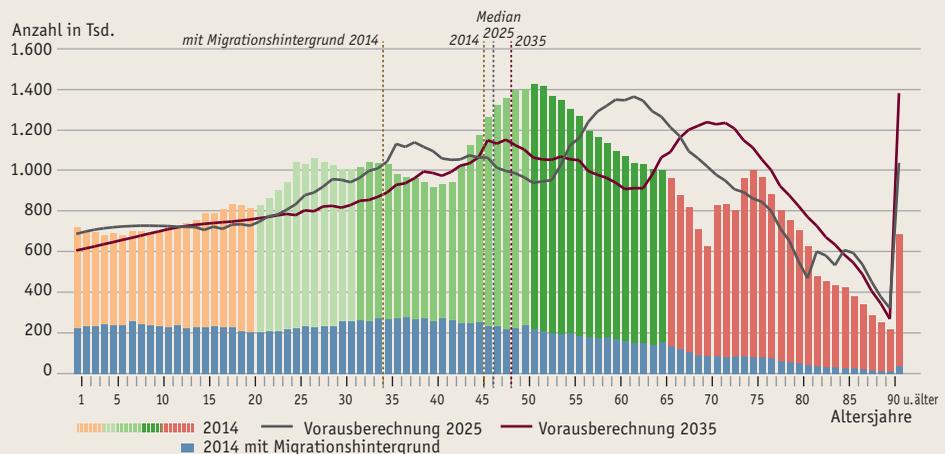
Die demografische Entwicklung der Bevölkerung nimmt bei der Beschreibung des Bildungssystems einen besonderen Stellenwert ein, gibt sie doch Aufschluss über die aktuelle und zukünftige Stärke bildungsrelevanter Altersgruppen, an denen sich Planungen orientieren müssen. In diesem Zuge sind insbesondere die Geburten und auch die Zu- und Fortzüge junger Menschen interessant, da sich an diesen Zahlen die vorschulischen Angebote und die sich anschließenden Bildungsbereiche ausrichten müssen.

### Geburtenentwicklung

**Zahl der Geburten stabilisiert sich auf niedrigem Niveau**

Seit mehreren Jahren liegt die zusammengefasste Geburtenziffer<sup>M</sup> in Deutschland bei knapp über 1,4 Kindern. Für eine konstante Bevölkerungszahl (ohne Betrachtung von Wanderungseffekten) wäre eine Geburtenziffer von 2,1 Kindern erforderlich, die zuletzt zu Beginn der 1960er-Jahre in Westdeutschland erreicht wurde. Solange die Geburtenziffer unter diesem Bestandserhaltungsniveau liegt, setzt sich die rückläufige Entwicklung der Bevölkerungsgröße immer weiter fort. Die geringen Geburtenzahlen führen zwangsläufig zu einer Verringerung der Anzahl potenzieller Mütter in der nächsten Generation („Echo-Effekt“). Die Anzahl potenzieller Mütter, also von Frauen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, lag 1994 bei rund 13,0 Millionen und 2014 bei 10,4 Millionen. Ab 2011 lässt sich erstmals seit 1997 ein Anstieg der Geburtenzahlen feststellen: Ausgehend von knapp 662.700 Geburten (2011) erhöhte sich die Anzahl auf rund 673.500 in 2012 und im Jahr 2013 auf rund 682.000 Geburten. 2014 wurden etwa 714.900 Geburten verzeichnet. Damit deutet sich eine erhöhte Nachfrage an Betreuungsangeboten für unter 6-Jährige an, die zukünftig in den schulischen Bereich übergehen (vgl. C2, D1).

**Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2014 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl)**



*Lesebeispiel: Im Jahr 2014 haben von den 1.006.078 30-Jährigen rund 260.000 einen Migrationshintergrund. Diese 30-Jährigen werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 41 Jahre alt sein und 10 Jahre später, im Jahr 2035 (rote Linie), das 51. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne wird im Wesentlichen durch Zuwanderung ausgeglichen, sodass die Anzahl der Personen mit rund einer Million relativ konstant bleibt. Für 2014 liegt das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren; das heißt, dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Dieser Durchschnitt wird in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen: im Jahr 2025 würde er bei 46 Jahren, 2035 bei 48 Jahren liegen.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2014, Mikrozensus 2014, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung<sup>M</sup>

Vergleicht man die Anzahl der Geburten von Frauen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit, zeigt sich, dass ausländische Frauen mit durchschnittlich 1,9 nach wie vor mehr Kinder bekommen als deutsche Frauen (1,4). Allerdings hat sich die Differenz in den letzten 25 Jahren von 0,8 auf gut 0,5 deutlich verringert (**Tab. A1-1A, Tab. A1-2A**).

## Außenwanderungen

Der Wanderungssaldo – die Differenz von Zu- und Abwanderung – weist seit 2010 eine positive Tendenz auf. Lag er im Jahr 2010 mit annähernd 128.000 Personen leicht im Plus, ist im Jahr 2014 mit 550.483 Personen eine deutliche Zunahme zu verzeichnen (darunter Saldo für Personen aus den EU-28-Staaten 304.016 Personen, für Personen aus den OECD-Ländern 152.446 Personen). Nach wie vor ist die Zuwanderung im Alter von 20 bis unter 30 Jahren am stärksten ausgeprägt; auch wandern viele Familien mit teilweise jungen Kindern zu, die direkt ins Bildungssystem integriert werden müssen. Die mit Abstand größte Anzahl von Zuzügen stammt 2014 aus der Europäischen Union, wie in den Vorjahren weiterhin vorrangig aus Rumänien, Polen und Bulgarien. Deutsche und türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, Letztere vor allem im jungen Erwachsenen- und im Rentenalter, ziehen hingegen in größerer Zahl ins Ausland, daher ist der Wanderungssaldo bei diesen beiden Nationalitäten negativ (**Abb. A1-2A**, vgl. **F2, H1, H4**). Der aktuelle Zustrom von Schutz- und Asylsuchenden, der sich seit 2014 verstärkt vollzogen hat, kann noch nicht zuverlässig quantifiziert werden (vgl. **H**).

## Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit der aktuell zwar stabilen, aber dennoch geringen Anzahl an Geburten führt zu einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft. Der natürliche Rückgang der Bevölkerungszahl aufgrund von Geburten und Sterbefällen konnte in den letzten Jahren durch Zuwanderung kompensiert werden, allerdings sind die langfristigen Auswirkungen noch nicht absehbar (**Abb. A1-1**).

2014 hat in Deutschland rund ein Fünftel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund: Die allermeisten (96 %) von ihnen leben in Westdeutschland und Berlin. Rund 66 % von ihnen haben eigene Migrationserfahrung, sind also selbst zugewandert (1. Generation). Insbesondere in den jungen Jahrgängen ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund hoch: Ihr Anteil beträgt bei den 15- bis unter 20-Jährigen 28 %, bei den 10- bis unter 15-Jährigen 31 %, bei den 5- bis unter 10-Jährigen sowie bei den unter 5-Jährigen jeweils rund 35 % (**Abb. A1-1**, vgl. **H1**). Tendenziell nimmt mit steigendem Alter der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerung immer weiter ab.

**Geburtenziffer bei Frauen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit höher**

**Immer mehr Zuzug nach Deutschland**

**20- bis 30-Jährige größte Zuwanderergruppe**

**Bevölkerung rückläufig bei weiter steigender Lebenserwartung**

**Jeder Fünfte in Deutschland mit Migrationshintergrund ...**

**... bei den jüngeren Altersgruppen zunehmend**

### Methodische Erläuterungen

#### Zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer beschreibt das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Der Wert wird aus den altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren berechnet. Diese geben das Verhältnis der von Müttern eines bestimmten Altersjahres geborenen Kinder zu allen Frauen dieses Altersjahres wieder und werden dann zur zusammengefassten Geburtenziffer aufaddiert. Damit beschreibt die zusammengefasste Geburtenziffer die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen müsste, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis unter 50-Jährigen desselben Kalenderjahres entspräche.

#### Bevölkerungsvorausberechnung

Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier berichteten Zahlen der 13. koordinierten Vorausberechnung basieren auf der Variante 2-W2, die von einem Zuzug von 200.000 Personen pro Jahr ausgeht, was im Licht der aktuellen Entwicklungen allerdings als Unterschätzung betrachtet werden muss.

## Wirtschaftliche Entwicklung

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte sowie die wirtschaftliche Entwicklung stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen haben und aus denen sich Anforderungen an die Qualifizierungsfunktion des Bildungswesens ableiten lassen. Wie die Bildungsberichte zuvor gibt auch dieser einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte.

### Wirtschaftliche Entwicklung

**Positive wirtschaftliche Entwicklung**

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im Jahr 2014 weiter zu. Der Anstieg fiel dabei mit 3,4 % stärker aus als in den beiden Vorjahren (2012: +1,9 %; 2013: +2,2 %).

Anfang des Jahrzehnts führten Konjunkturprogramme zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu erhöhten Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden in die Bildungsinfrastruktur (in den Jahren 2009 bis 2011 zusätzlich 8,7 Milliarden). Diese Programme bewirkten einerseits eine Förderung der Wirtschaft, führten aber gleichzeitig zu einem Anstieg der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts.

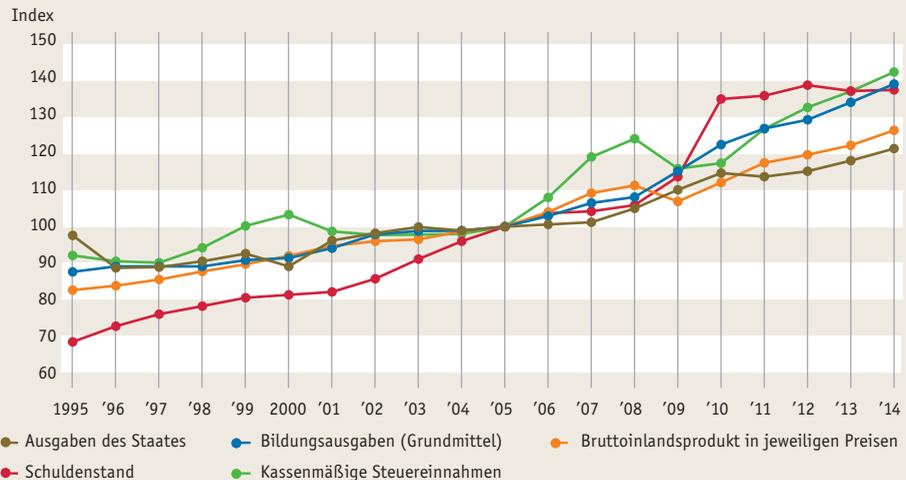
**Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 9,1 % vom BIP**

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft des öffentlichen und des privaten Bereichs stieg auf 265,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 (257,4 Milliarden im Jahr 2013). In Relation zum BIP wurden 2013 damit 9,1 % ausgegeben (zur Abgrenzung des nationalen Bildungsbudgets vgl. **B3**). Der Finanzierungsteil durch die öffentlichen Haushalte betrug darunter 64 %.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zeigt weiterhin regionales Gefälle**

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Einkommen der Bevölkerung werden wegen der regionalen Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen sowie der ungleichen Verteilung sehr großer Unternehmen noch langfristig von größeren Differenzen geprägt sein. Das hat Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Länderhaushalte und deren Ressourcen für das Bildungswesen. Innerhalb Deutschlands besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor sowohl ein ausgeprägtes West-Ost- als auch ein Süd-Nord-Gefälle. Beides hat sich in den letzten Jahren kaum verändert (**Tab. A2-4web**). Das BIP je Einwohnerin und Einwohner lag 2014 nach Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Abb. A2-1: Entwicklung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen 1995 bis 2014 (Index 2005 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

im Gebiet der ostdeutschen Länder (ohne Berlin) bei 27.356 Euro (76 % des Bundesdurchschnitts). In den westdeutschen Ländern betrug es 37.941 Euro (106 %). Dieser Unterschied von rund 30 Prozentpunkten ist fast identisch mit den Unterschieden in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den Flächenländern in Westdeutschland von 32 Prozentpunkten (Bayern 115 % und Schleswig-Holstein 83 %) und bedeutend kleiner als der Unterschied zum leistungsstärksten Land Hamburg (164 %) mit 81 Prozentpunkten.

Der Arbeitsmarkt der letzten Jahre weist eine insgesamt positive Bilanz aus. Seit 2006 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen moderat erhöht. Für 2013 und 2014 folgten stabile Zuwächse, vor allem durch den Ausbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahrzehnt bis auf ein Niveau von insgesamt rund 2,9 Millionen im Jahresdurchschnitt 2014 gesunken. Das sind 6,7 % aller zivilen Erwerbspersonen in Deutschland und entspricht der niedrigsten nachgewiesenen Arbeitslosenquote <sup>M</sup> seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Tiefststand trifft sowohl für das frühere Bundesgebiet (5,9 %) als auch für das Gebiet der ostdeutschen Länder einschließlich Berlin (9,8 %) zu (**Tab. A2-5web**). Gleichzeitig haben sich in den letzten Jahren die seit der Vereinigung bestehenden hohen Unterschiede stark verringert. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland abgenommen und in Westdeutschland zugenommen hat.

**Weiterhin positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt**

### Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

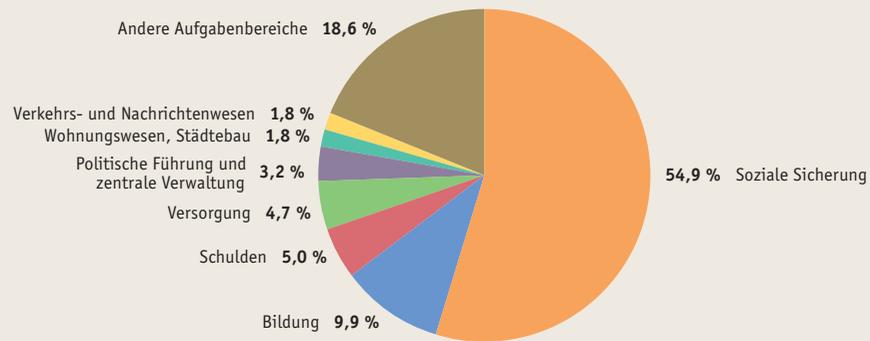
Die öffentlichen Haushalte finanzieren rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben <sup>M</sup> in Abgrenzung des Bildungsbudgets in Deutschland (vgl. **B3**). Für eine Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung. Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben (Nettoausgaben <sup>M</sup> in Abgrenzung der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte) zwischen 2000 und 2011 um 15,6 % an (**Tab. A2-1A**). Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Steigerung der Nettoausgaben insgesamt 0,4 %.

Der Anteil der Bildungsausgaben an den Nettoausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>M</sup> lag im Jahr 2011 mit 9,9 % über dem Wert des Vorjahres, der 9,6 % betrug (**Abb. A2-2, Tab. A2-1A**). Der Anstieg der Bildungsausgaben (um 3,8 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr) war fast identisch mit dem Anstieg der gesamten Nettoausgaben um insgesamt 4,3 Milliarden Euro. Dies war nur möglich, weil in anderen Aufgabenbereichen große Einsparungen erfolgten (2,2 Milliarden Euro im Bereich der sozialen Sicherung und 1,9 Milliarden Euro bei den Zinslasten für Schulden).

**Ein Zehntel der Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung**

In den letzten Jahren ist der Schuldenstand, mit Ausnahme von 2013, stetig angestiegen. Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich belief sich zum 31.12.2014 auf 2.049,2 Milliarden Euro. 2014 erhöhte sich der Schuldenstand im Vergleich zum Vorjahr nur noch um 5,8 Milliarden Euro. Während die Konjunkturprogramme zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Jahr 2010 noch einen starken Anstieg des Schuldenstands bewirkten, führte das auch im Ergebnis der Wirtschaftskrise stark gesunkene Zinsniveau zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte durch absolut gesunkene Zinsausgaben. Nur durch diesen Sondereffekt lagen die Zinsausgaben am Kreditmarkt 2013 leicht unter dem Niveau von 1995 (99,7 %).

Die Steuereinnahmen sind 2014 insgesamt – insbesondere durch höhere Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern – weiter gestiegen. Sie verzeichneten einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 23,9 Milliarden Euro, darunter die Gemeinschaftssteuern um 19,2 Milliarden Euro (**Tab. A2-2A**). Allerdings werden der Schuldendienst und die

**Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts 2011 (in %)**

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, *Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, 2011* → **Tab. A2-1A**

Versorgungszahlungen an pensionierte Beamtinnen und Beamte in den kommenden Jahren und Jahrzehnten einen erheblichen Ausgabenanteil in den öffentlichen Haushalten ausmachen. Die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungszahlungen ist zwischen 1995 und 2014 insgesamt um 25,1 Milliarden Euro gestiegen, was einer Verdopplung entspricht (**Tab. A2-3A**). Längerfristig werden die Versorgungszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte noch stärker als bisher einschränken. Da ein dauerhaft niedriges Zinsniveau nicht unterstellt werden kann, verbergen sich auch in den Zinszahlungen weiter hohe Ausgaberrisiken.

### **M**ethodische Erläuterungen

#### **Arbeitslosenquote**

Die Arbeitslosenquote als Teil der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit beschreibt den Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Insofern ist „Arbeitslosigkeit“ von „Erwerbslosigkeit“ (vgl. auch Methodische Erläuterungen zu **A3**) abzugrenzen.

#### **Bildungsausgaben**

Vgl. Methodische Erläuterungen zu **B3**.

#### **Nettoaussgaben**

Die Nettoaussgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept

wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Gebietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (z. B. Kindergartengebühren) werden nicht eliminiert.

#### **Öffentlicher Gesamthaushalt**

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoaussgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

# Erwerbstätigkeit

Zuletzt im Bildungsbericht 2014 als A3

A  
3

In diesem Abschnitt werden beschäftigungsrelevante Entwicklungen in den 3 für das Bildungs- und Erwerbsleben relevanten Lebensphasen – der Vorerwerbs-, der Erwerbs- und der Nacherwerbsphase – erörtert, wobei die Bevölkerung mit Migrationshintergrund detaillierter betrachtet wird. Nachdem im letzten Bericht die Erwerbsstruktur von Alleinstehenden (vgl. A4 im Bildungsbericht 2014) thematisiert wurde, wird diesmal auf die Erwerbstätigkeit in Paarfamilien eingegangen.

## Struktur der Erwerbsbevölkerung

Aufgrund des demografischen Wandels werden in den kommenden Jahren immer mehr ältere Menschen einer immer kleiner werdenden Anzahl jüngerer Menschen gegenüberstehen (A1). 2014 wird eine über 50 %-ige Erwerbstätigkeitsquote<sup>M</sup> in allen Jahrgängen der Altersspanne von 19 bis 62 Jahren erreicht. Dabei beginnt die so abgegrenzte Erwerbsphase der Männer (19 bis 62 Jahre) ein Jahr früher und endet ein Jahr später als die der Frauen (20 bis 61 Jahre). Seit dem Jahr 2000 scheiden Männer und Frauen immer später aus der Erwerbstätigkeit aus; ein Effekt, der bei Frauen noch deutlicher ausgeprägt ist als bei Männern (Tab. A3-2web, Abb. A3-1). Damit ergibt sich auch ein höherer Bedarf an Maßnahmen der Weiterbildung und der Aufstiegsförderung (vgl. G1).

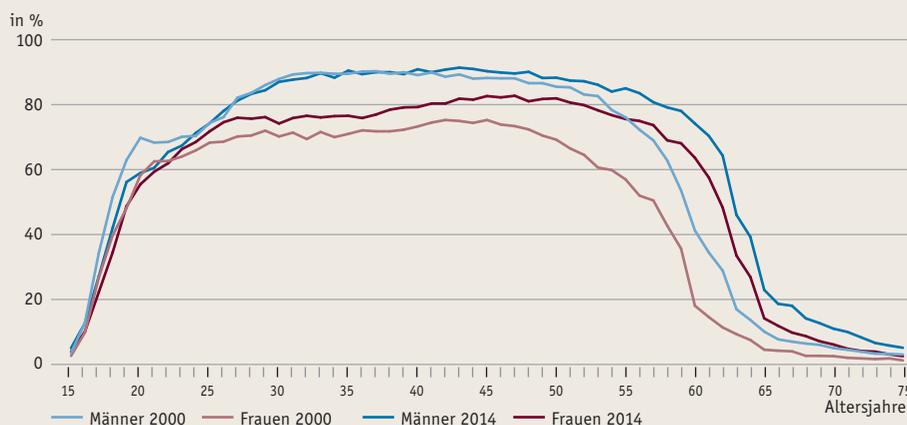
**Dauer der Erwerbsphase verlängert sich kontinuierlich**

In der Phase der Familiengründung – typischerweise zwischen Mitte 20 und Mitte 40 – stagniert die ansonsten steigende Erwerbsquote der Frauen und fällt deutlich hinter die der Männer zurück (vgl. I1). Nach dieser Phase wird trotz erneuten Anstiegs das Erwerbsniveau der Männer nicht wieder erreicht (Tab. A3-2web, Abb. A3-1).

Die nach Geschlecht differenzierten Quoten zeigen jedoch, dass im Osten die Männer etwas seltener und die Frauen etwas häufiger erwerbstätig sind als im Westen. Insgesamt ist jedoch das Arbeitszeitvolumen der Frauen deutlich geringer als das der Männer (vgl. I1). Die oben beschriebene Stagnation der Frauenerwerbstätigkeit während der Phase der Familiengründung ist in beiden Landesteilen etwa gleich stark ausgeprägt (Tab. A3-2web, Abb. A3-3A). Somit ist auch weiterhin eine deutliche Abhängigkeit der weiblichen Erwerbstätigkeit von der Familiensituation zu konstatieren.

Menschen mit Migrationshintergrund sind weniger häufig erwerbstätig als Menschen ohne Migrationshintergrund. Bei den Männern beläuft sich der Unterschied

Abb. A3-1: Quote der Erwerbstätigen nach Alter und Geschlecht, 2000 und 2014 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2000, 2014

→ Tab. A3-2web

### Anteil der Personen in der Erwerbsphase auch in Zukunft rückläufig

auf 5 Prozentpunkte, bei den Frauen ist der Unterschied mit 15 Prozentpunkten deutlicher ausgeprägt (Tab. A3-3web, vgl. H2, C3, I1).

Die Anzahl der Personen in der Vorerwerbsphase (unter 19 Jahren) wird laut der Bevölkerungsvorausberechnung<sup>M</sup> bis 2035 sowohl absolut als auch anteilmäßig zurückgehen. 2014 gehören ihr 17 % der Bevölkerung (14 Millionen Menschen) an. 20 Jahre später werden es voraussichtlich 16 % sein – dies entspricht einem Rückgang von rund einer Million Menschen. In der Nacherwerbsphase (62 Jahre und älter) findet eine gegenläufige Entwicklung statt: Der Anteil wird von aktuell 25 % (20 Millionen) um gut 8 Prozentpunkte auf 33 % steigen. Um 2035 den gleichen Anteil von Erwerbspersonen wie im Jahr 2014 verfügbar zu haben, müsste die Erwerbsphase bei gleichem Eintrittsalter um fünf Jahre verlängert werden, also die Altersspanne von 19 bis 67 Jahren umfassen (Tab. A3-1A, Abb. A3-4A). Eine Alternative besteht darin, das in der Erwerbsphase vorhandene Potenzial stärker zu nutzen. Reserven zeigen sich hier etwa durch die zum Ende der Erwerbsphase stark fallenden Erwerbsquoten. Eine weitere Möglichkeit liegt in der Erhöhung der aktuellen Arbeitszeitvolumina. In beiden Fällen sind vor allem bei den Frauen und den Menschen mit Migrationshintergrund deutliche Reserven auszumachen, die durch eine bessere Arbeitsmarktintegration dieser Gruppen, möglicherweise flankiert durch unterstützende Maßnahmen, fruchtbar gemacht werden könnten.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist eine deutlich andere Altersstruktur auf: Mit 27 % sind anteilig fast doppelt so viele Personen in der Vorerwerbsphase und damit im Regelfall auch in Bildungseinrichtungen, wie dies bei Menschen ohne Migrationshintergrund (15 %) der Fall ist. In der Nacherwerbsphase ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit 13 % gegenüber 29 % deutlich geringer (Tab. A3-1A, Abb. A3-4A, Abb. A1-1).

### Familienbezogene Erwerbsstruktur

In Paarfamilien gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Zusammenspiel von Familie und Beruf auszugestalten. Für die Analysen dieses Abschnitts werden Familienformen mit Kindern unter 18 Jahren betrachtet, bei denen beide Eltern als Paar im Haushalt leben – unabhängig davon, ob als Lebensgemeinschaft oder verheiratet – und beide im erwerbsfähigen Alter sind (A4). Unter Berücksichtigung der 3 Möglichkeiten Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung (hier: bis zu 32 Stunden durchschnittliche Wochenarbeitszeit) und ohne Erwerbstätigkeit ergeben sich 9 mögliche Konstellationen.

#### Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes in fast 9 von 10 Familien ...

In den allermeisten Familien ist der Mann in Vollzeit erwerbstätig (88 %). Keine Erwerbstätigkeit des Mannes liegt in 7 %, eine Teilzeiterwerbstätigkeit in nur 5 % der Familien vor (Tab. A3-4web).

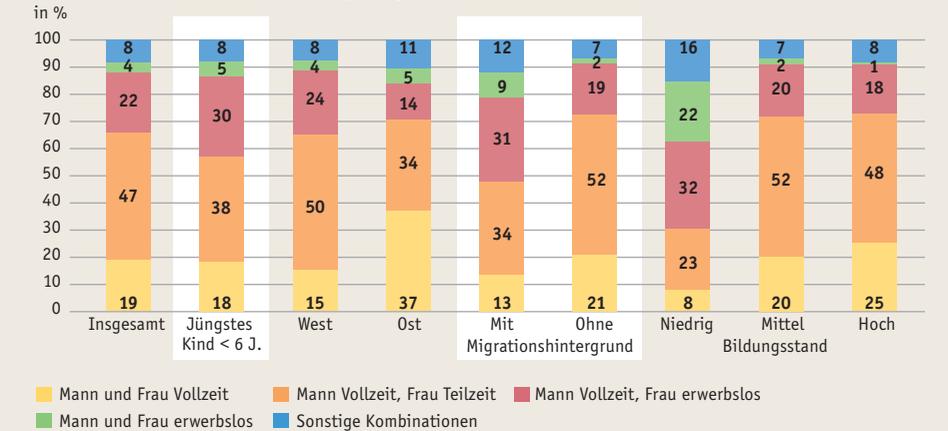
#### ... in 47 % der Familien kombiniert mit Teilzeittätigkeit der Frau

Die Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes und die Teilzeiterwerbstätigkeit der Frau ist mit 47 % der Familien die mit Abstand am häufigsten anzutreffende Kombination. 2006 lag sie noch in 42 % der Familien vor. Bei Familien mit 2 Kindern ist sie mit 52 % besonders verbreitet (Tab. A3-5web).

#### „Alleinverdienermodell“ verliert an Bedeutung

Das in Westdeutschland ehemals übliche „männliche Alleinverdienermodell“, also die Kombination der Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes und der Erwerbslosigkeit der Frau, ist seit 2006 kontinuierlich um 4 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt aktuell bei 22 %. Abhängig von der Anzahl der Kinder in der Familie steigen die Anteile von 19 % bei einem Kind auf 36 % bei 3 und mehr Kindern. Die Vollzeiterwerbstätigkeit beider Partner ist mit insgesamt 19 % der Familien ebenfalls verbreitet, wobei die Quoten mit steigender Kinderzahl hier deutlich zurückgehen: Es ist in fast allen Fällen die Frau, die hier von einer Vollzeit- in eine Teilzeittätigkeit oder die Erwerbslosigkeit wechselt (Tab. A3-5web).

**Abb. A3-2: Erwerbskonstellationen in Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren nach Alter des jüngsten Kindes, Region, Migrationshintergrund des Mannes, Bildungsstand beider Partner 2014 (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2014

→ Tab. A3-6web, Tab. A3-7web

In den mit 5 % eher wenigen Fällen, in denen der Mann in Teilzeit arbeitet, ist die Frau nur selten in Vollzeit beschäftigt – dies ist in nur 1 % der Familien der Fall. Bei der Erwerbslosigkeit des Mannes, die in 7 % der Familien vorliegt, arbeitet die Frau mit 1 % selten in Vollzeit, mit 2 % etwas häufiger in Teilzeit. In den meisten Fällen, 4 % der Familien, ist sie aber ebenfalls ohne Erwerbstätigkeit – dies sind dann jene Familien, deren Kinder die soziale Risikolage aufweisen (A4). Von den Familien mit 3 und mehr Kindern sind in gut 8 % der Fälle beide Partner ohne Erwerbstätigkeit (Tab. A3-4web, Tab. A3-5web).

Ist das jüngste Kind in der Familie unter 6 Jahre alt, ist die Frau in beinahe 30 % der Familien nicht erwerbstätig; der Anteil der dabei weiter in Vollzeit arbeitenden Frauen entspricht allerdings beinahe dem der Paarfamilien insgesamt. Sehr markante Unterschiede lassen sich zwischen West- und Ostdeutschland ausmachen: Im Osten sind in mehr als jeder dritten Familie (37 %) beide Partner in Vollzeit beschäftigt. Im Westen ist dies mit 15 % in nicht einmal jeder sechsten Familie der Fall. Bei den Familien mit Migrationshintergrund des Mannes ist in rund einem Drittel (34 %) der Fälle der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit erwerbstätig; beinahe ebenso häufig ist der Mann in Vollzeit tätig und die Frau erwerbslos (31 %). Eine Vollzeittätigkeit beider Partner liegt lediglich in 13 % der Familien vor (Tab. A3-7web, Abb. A3-2).

Eine Analyse des Bildungsstands der Partner offenbart ebenfalls deutliche Unterschiede: Haben beide einen niedrigen Bildungsstand, sind in 22 % der Fälle beide Partner erwerbslos, in weiteren 32 % die Frau erwerbslos in Kombination mit einer Vollzeittätigkeit des Mannes. Haben beide Partner einen mittleren Bildungsstand, ist die Erwerbslosigkeit beider Partner mit 2 % vergleichsweise selten, auch die Kombination der Vollzeittätigkeit des Mannes mit der Erwerbslosigkeit der Frau tritt in nur 20 % der betreffenden Familien auf. Ähnlich ist die Situation, wenn beide Partner einen hohen Bildungsstand haben: Hier ist im Vergleich zum mittleren Bildungsstand mit 25 % gegenüber 20 % vor allem der Anteil der Familien größer, in denen beide Partner in Vollzeit arbeiten (Tab. A3-7web, Abb. A3-2).

„Rollentausch“ der Geschlechter absolute Ausnahme

Frauen im Osten häufiger und mit größerem Volumen erwerbstätig als im Westen

In Familien mit Migrationshintergrund Frauen seltener erwerbstätig

Erwerbsbeteiligung und -umfang steigen deutlich mit dem Bildungsstand

**Methodische Erläuterungen**

Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung, Erwerbslosigkeit

Vgl. Glossar: Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept.

Bevölkerungsvorausberechnung

Vgl. Methodische Erläuterungen zu A1.

# Familien- und Lebensformen

Ein für Bildung zentraler Faktor ist das familiäre und soziale Umfeld der Kinder, auch weil der Zusammenhang zwischen der Situation in der Familie und den Bildungschancen der Kinder nach wie vor sehr ausgeprägt ist. Im folgenden Abschnitt werden die Familienformen dargestellt, wobei erstmals innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund nach Generationen differenziert wird. Es schließt sich eine Analyse der sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikolagen an. Vertiefend wird dabei auf die Situation der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sowie aus unterschiedlichen Familienformen eingegangen.

## Lebens- und Familienformen

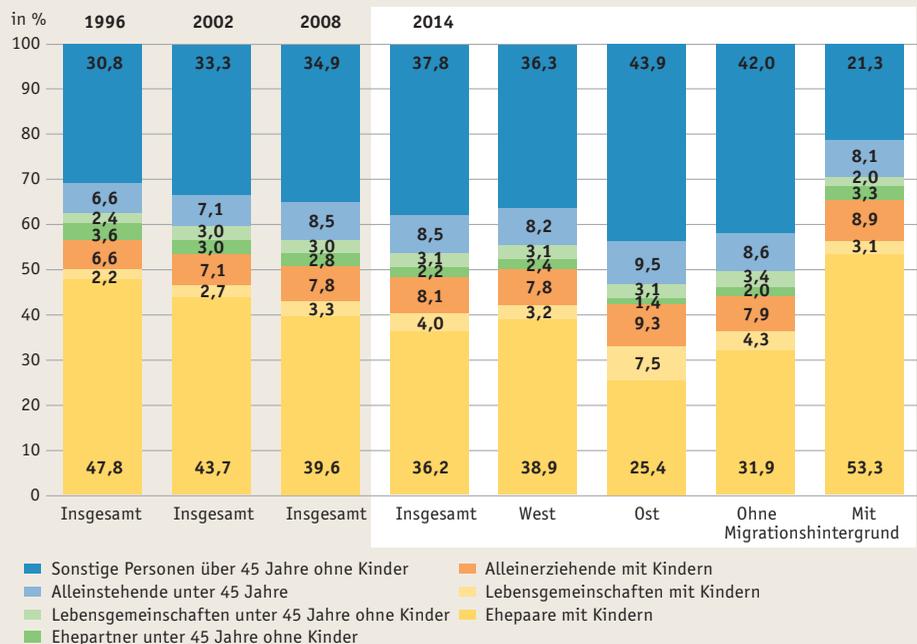
Nach wie vor ist die Familie der zentrale Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder (C1). Die Lebens- und Familienformen (M) in Deutschland befinden sich seit längerem in einem Umbruch. Die Entwicklung seit 1996 zeigt, dass die Form des Zusammenlebens in Familien, also als Erwachsene mit ihren Kindern in einem Haushalt, langsam, aber stetig abnimmt. Während vor 18 Jahren noch 57 % der Bevölkerung in einer solchen Konstellation lebten, sind es 2014 nur noch 48 % – dieser Effekt muss dabei sicherlich auch im Licht der mit dem demografischen Wandel einhergehenden Alterung der Bevölkerung interpretiert werden. Mit 50 % gegenüber 42 % gibt es im Westen anteilig mehr in Familien lebende Personen als im Osten (Abb. A4-1, Tab. A4-1A).

Rückgang der Bevölkerung in Familienstrukturen setzt sich fort

Ehepaare mit Kindern weiter häufigste Familienform, aber rückläufig

Die Familienformen gliedern sich in Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Ehepaare mit Kindern sind mit einem Anteil von 36 % an allen Lebensformen die häufigste Familienform, auch wenn ihr Anteil seit 1996 um über 10 Prozentpunkte gesunken ist. In Ostdeutschland ist diese Form mit 25 % gegenüber 39 % im Westen allerdings weniger häufig vertreten.

Abb. A4-1: Bevölkerung Deutschlands 1996, 2002, 2008 und 2014 nach Lebensformen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2014

→ Tab. A4-1A

Dafür ist dort die alternative Form des familiären Zusammenlebens, die Lebensgemeinschaft mit Kindern, mit rund 9 % häufiger als im Westen anzutreffen.

Von den Menschen mit Migrationshintergrund leben mit 65 % deutlich mehr in Familien, als es bei Menschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Der Anteil der Ehepaare mit Kindern ist hier mit 53 % und einer Differenz von 21 Prozentpunkten zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besonders hoch, auch der Anteil der Alleinerziehenden mit ihren Kindern liegt mit 9 % leicht über dem Wert für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (**Abb. A4-1, Tab. A4-1A**). Nicht ohne Einfluss ist dabei allerdings das mit 34 Jahren deutlich geringere Durchschnittsalter der Menschen mit Migrationshintergrund – im Vergleich zu 45 Jahren bei der Bevölkerung insgesamt. Mithin leben viele der Personen mit Migrationshintergrund als Kinder in Familien oder als (meist junge) Eltern.

### Kinder aus Familien mit Risikolagen

Nach wie vor ist in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nachweisbar (vgl. **C1, D2, F2**). Die Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale der Familien, etwa dem Bildungsniveau, dem sozioökonomischen Status und der Erwerbsbeteiligung der Eltern, beschreiben. Hieraus können 3 Arten von Risikolagen abgeleitet werden: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale sowie die finanzielle Risikolage. In Deutschland ist mit 28 % mehr als jedes vierte Kind von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen (**Tab. A4-2A, Tab. A4-3web**).

Die Risikolage *formal gering qualifizierter Eltern*<sup>1</sup> liegt vor, wenn beide Eltern weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch eine Hochschulzugangsberechtigung vorweisen können (**A3**). Eine typische Folge dieser Risikolage kann die fehlende Unterstützungsmöglichkeit, etwa in schulischen Belangen, für die Kinder in der Familie sein; diese Situation bedingt damit eine mögliche ungünstige Entwicklung innerhalb der Bildungsbiografie. Betrachtet man den Zeitraum seit dem Jahr 2006, so fällt auf, dass der Anteil der Kinder aus Familien mit dieser Risikolage ausgehend von rund 13 % rückläufig ist und im Jahr 2014 bei 11 % liegt. Vor allem Kinder Alleinerziehender und von Eltern mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von dieser Risikolage betroffen. In Bezug auf den Migrationshintergrund muss die Situation allerdings differenziert betrachtet werden: Kinder von Eltern türkischer Herkunft sind zu 45 % und Kinder von Eltern aus sonstigen EU-28-Staaten lediglich zu 21 % der bildungsbezogenen Risikolage ausgesetzt (**Tab. A4-3web**).

Eine *soziale Risikolage* liegt vor, wenn kein im Haushalt lebender Elternteil erwerbstätig<sup>M</sup> ist. Erwerbstätigkeit ermöglicht den Familien durch ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt einen Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens, etwa zu Hilfeleistungen, Anerkennung, Verbindungen bis hin zum Finden von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die Kinder. In den meisten Fällen sind heute beide Elternteile erwerbstätig, wenn auch meist mit unterschiedlichen Arbeitszeitvolumen (**A3**). Der Anteil von Kindern in Paarfamilien, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist, ist seit 2006 von 7 % auf knapp 5 % zurückgegangen. Demgegenüber besteht für Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen, mit 32 % ein 7-mal höheres Risiko, dass dieser Elternteil keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Auch Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind mit rund 14 % (2006: 19 %) überdurchschnittlich häufig einem sozialen Risiko ausgesetzt (**Tab. A4-3web, vgl. I1**).

Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in Familien mit Kindern

Bildungsbezogene Risikolage rückläufig

Soziale Risikolage rückläufig

<sup>1</sup> Synonym wird auch „bildungsbezogene Risikolage“ verwendet. Diese Begriffe entsprechen inhaltlich dem in den früheren Bildungsberichten verwendeten Begriff „bildungsfernes Elternhaus“.

**Anteil armutsgefährdeter Kinder weiter hoch, insbesondere bei Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund**

Eine *finanzielle Risikolage* liegt vor, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze<sup>M</sup> von 60 % des Durchschnittsäquivalenzeinkommens liegt. Mit aktuell 19 % ist dieses Risiko unabhängig vom Migrationsstatus und der Familienform im Zeitverlauf relativ konstant und weiterhin die am häufigsten auftretende Risikolage. Kinder von Alleinerziehenden sind mit 41 % wieder besonders stark betroffen. Auch bei den Kindern mit Migrationshintergrund ist der Anteil mit 30 % hoch, bei Eltern türkischer Herkunft beträgt er 37 % (**Tab. A4-3web**).

**Überschneidung der Risikolagen zeigt Zusammenhang von bildungsbezogener und finanzieller Risikolage**

Die Risikolagen bestehen nicht unabhängig voneinander. Es zeigt sich etwa, dass die bildungsbezogene Risikolage häufiger mit der finanziellen Risikolage zusammenfällt (7,5 %) als mit der sozialen Risikolage (4,3 %). Ausschließlich vom finanziellen Risiko betroffen sind 7,4 % der Kinder: Sie wachsen mithin in einem Elternhaus auf, in dem mindestens ein Erwachsener erwerbstätig ist und auch mindestens ein Erwachsener eine Hochschulzugangsberechtigung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann und dennoch eine Armutsgefährdung vorliegt (**Abb. A4-4A**).

**Häufung aller 3 Risikolagen bei Kindern Alleinerziehender und Kindern mit Migrationshintergrund**

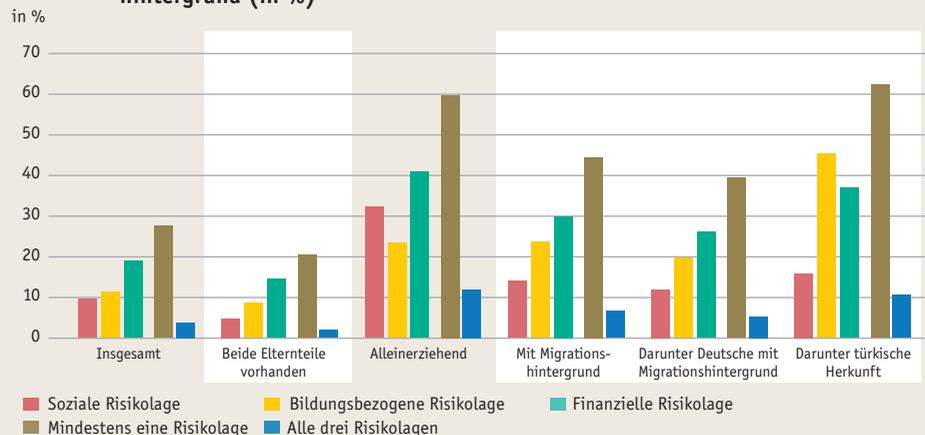
Mindestens einer Risikolage ausgesetzt sind 60 % der Kinder von Alleinerziehenden. Auch Kinder mit Migrationshintergrund sind zu 44 % betroffen, wobei sich dieser Wert seit 2006 um 10 Prozentpunkte verringert hat. In Familien mit türkischer Herkunft sank der Wert im gleichen Zeitraum um 12 Prozentpunkte auf nunmehr 62 % (**Tab. A4-3web**, vgl. **B5**).

Insgesamt beträgt der Anteil von Kindern, die in Haushalten mit allen drei Risikolagen aufwachsen, seit 2006 rund 4 %. Hier ist ein deutlicher Unterschied zwischen Paarfamilien und Alleinerziehenden festzustellen: Bei Letzteren ist der Anteil derer, die von allen drei Risikolagen betroffen sind, mit 12 % überproportional höher als bei Paarerziehenden mit lediglich 2 %. Auch Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind zu 7 % von allen drei Risikolagen betroffen, solche ohne Migrationshintergrund demgegenüber nur zu 2 % (**Tab. A4-3web**).

**Risikolagen in Deutschland regional unterschiedlich stark ausgeprägt**

Zwischen den Ländern unterscheiden sich die Werte für die Risikolagen zum Teil erheblich. Sind in Bayern 18 % der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen, so trifft dies in den Stadtstaaten Bremen und Berlin auf 44 % bzw. 42 % zu. In Sachsen-Anhalt ging der Anteil der Kinder, die von mindestens einer Risikolage betroffen sind, seit 2009 um 4 Prozentpunkte auf 35 % zurück. Während in Hamburg im selben Zeitraum der Anteil der von allen drei Risikolagen betroffenen Kinder um 2 Prozentpunkte auf 4 % sank, hat sich der entsprechende Anteil in Bremen auf in-

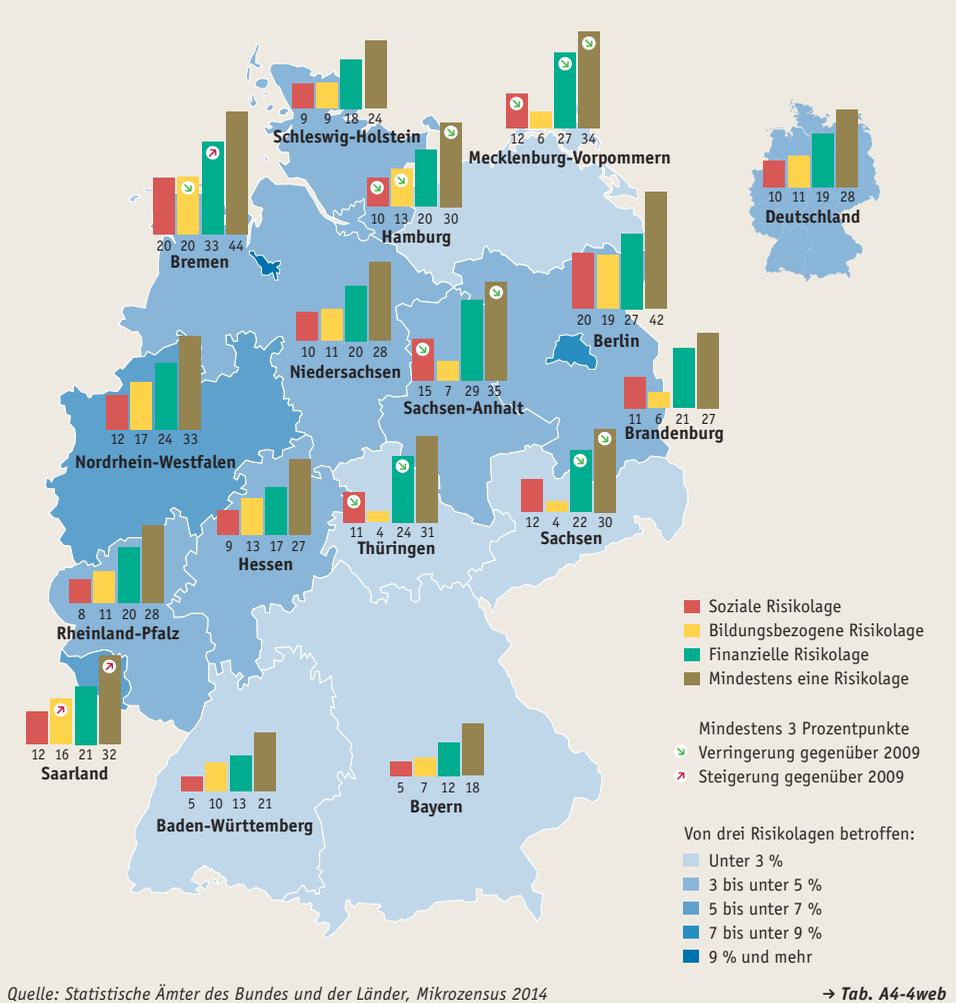
**Abb. A4-2: Kinder im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2014 nach Risikolagen in der Familienform für ausgewählte Familienformen und Kinder mit Migrationshintergrund (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2014

→ **Tab. A4-3web**

Abb. A4-3: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2014 nach Ländern (in %)



zwischen 10 % erhöht. In den ostdeutschen Ländern ist die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern weiterhin weniger verbreitet als in anderen Regionen; jedoch ist dort der Anteil der Kinder, die der finanziellen Risikolage ausgesetzt sind, höher (Abb. A4-3, Tab. A4-4web).

**Methodische Erläuterungen**

**Lebens- und Familienformen**

Gemäß dem Mikrozensus ist „Lebensform“ der Oberbegriff über alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als „Familien(formen)“ werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern unter 18 Jahren bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

**Erwerbstätigkeit**

Vgl. Glossar: Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept.

**Armutsgefährdungsgrenze**

Zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60 % des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

## Perspektiven

Die steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig geringen und mittelfristig weiter sinkenden Geburtenzahlen führt seit einiger Zeit zu einer Alterung der Bevölkerung und einer Verringerung der Bevölkerungszahl. Auch wenn die Anzahl der Kinder unter 6 Jahren in den letzten Jahren wieder leicht angestiegen ist, befinden sich insgesamt deutlich weniger Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Bildungssystem als noch vor 10 Jahren. Selbst bei zunehmender Bildungsaktivität im Erwachsenenalter geht die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insgesamt spürbar zurück.

Der stetig steigende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere unter der jüngeren Bevölkerung – durch länger zurückliegende, aber auch durch die aktuelle Zuwanderung nach Deutschland sowie die natürliche Bevölkerungsentwicklung – stellt das Bildungssystem schon länger vor die Aufgabe, die besonderen Bildungsbedarfe und Fähigkeiten dieser Bevölkerungsgruppe in angemessener Weise zu berücksichtigen. Dass dies bisher nur in Teilen gelungen ist, zeigt der immer noch stark erhöhte Anteil von Risikolagen bei Menschen mit Migrationshintergrund. Eine verlässliche Prognose der langfristigen demografischen Auswirkungen der zuletzt hohen Zuwanderung, insbesondere von Schutz- und Asylsuchenden, ist kaum möglich. Anzunehmen ist jedoch, dass sie auf vergleichbare Schwierigkeiten im Bildungssystem stoßen werden.

Deutschland hat sich von der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 weitgehend erholt. Bereits 2010 lag das Bruttoinlandsprodukt wieder über dem Niveau vor der Krise. Seitdem ist es kontinuierlich gestiegen. Erreicht wurde dieser Umschwung nicht zuletzt durch Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand. Davon profitierte auch das Bildungssystem. Seit 2009 wurden aufgrund des Zukunftsinvestitionsgesetzes zusätzlich 8,7 Milliarden Euro in die Bildung investiert.

Noch ist nicht absehbar, wie sich die von Bund und Ländern beschlossene Schuldenbremse auf die Bildungsausgaben auswirken wird. Ab 2019 stehen mögliche Erhöhungen der Bildungsausgaben des Bundes und der Länder in noch direkterer Konkurrenz zu Sozialausgaben, Pensionslasten, Zinsausgaben etc., da eine Finanzierung aus Krediten nicht mehr möglich ist. Ebenfalls können derzeit die Ausgaben für die Aufnahme und Integration der schutz- und asylsuchenden Menschen nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird langfristig weiter abnehmen: Geburtenstarke Jahrgänge erreichen die Renteneintrittsgrenze, nachrückende geburtenschwache Jahrgänge können zahlenmäßig den Verlust an Erwerbspersonen nicht ausgleichen. Auch die Zugewinne in der Vorerwerbs- und der Erwerbsphase durch Migration werden diesen Effekt nicht aufhalten können. Erwerbstätigkeitsreserven können bei den Frauen identifiziert werden. Deren Erwerbstätigkeitsquote nähert sich der der Männer in den letzten Jahren deutlich an, auch wenn sich nach wie vor Unterschiede ausmachen lassen. Diese treten vor allem während und nach der Phase der Familiengründung hervor; auch sind nach wie vor deutliche Unterschiede beim Beschäftigungsumfang zu verzeichnen, insbesondere in Paarfamilien. Für die Zukunft ist eine weitere Reduzierung der geschlechtsspezifischen Differenzen in der Erwerbstätigkeit zu erwarten.

Unabhängig vom Geschlecht ist seit mehreren Jahren eine deutliche Tendenz zu einer längeren Erwerbstätigkeit im Alter zu erkennen; eine Ausdehnung der Erwerbsphase, die allerdings auch mit Änderungen der Bedingungen für den Renten- und Pensionseintritt in Zusammenhang zu bringen ist. Eine immer längere Erwerbsphase bedeutet auch, dass ein nutzergerechtes Aus- und Weiterbildungsangebot noch mehr an Bedeutung gewinnt.

In den letzten 5 Jahren ist bei 2 der 3 hier berichteten, mit Bildung in Zusammenhang stehenden Risikolagen durchweg eine leichte Verbesserung zu verzeichnen; eine Ausnahme bildet die leicht gestiegene finanzielle Risikolage, also das Aufwachsen der Kinder unter Bedingungen der Armutgefährdung. Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind überproportional häufig Risikolagen ausgesetzt, wobei teilweise deutliche Unterschiede je nach Herkunftsregion zu verzeichnen sind. Es bleibt festzuhalten, dass ein Migrationshintergrund an sich keinesfalls als Risikolage zu begreifen ist, sondern dass finanzielle, soziale und bildungsspezifische Härten bei Personen dieser Bevölkerungsgruppe überproportional häufig auftreten. Da die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mit den Risikolagen korrelieren und sich die Risiken reproduzieren, stellt deren Reduzierung eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft und das Bildungssystem dar.